

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein trägt nach der Eintragung in das Vereinsregister den Namen „CIP-City - Initiative für Eltern- und Kinder-Projekte e.V.“.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2 Zweck und Finanzierung

1. Zweck des Vereins ist die theoretische und praktische Förderung pädagogischer Arbeit mit Kindern. Hierzu soll insbesondere eine Kindertagesstätte und ein Hort unterhalten werden. Darüber hinaus bezweckt der Verein die Initiierung, Durchführung, Förderung oder Beteiligung an weiteren gemeinnützigen Projekten, die vorzugsweise einen Beitrag zur Toleranz und zum Umweltbewusstsein leisten und der Verständigung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Nationen und Religionen dienen.
2. Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Zuschüssen, Zuwendungen und Spenden.

§3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt den in § 2 genannten Zweck ausschließlich, unmittelbar und gemeinnützig im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung vom 1.1.1977.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten als solche keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens, lediglich hingegebene Darlehen werden vertragsgemäß zurückgezahlt.

§4 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins können natürliche Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, und juristische Personen werden, die den Zweck und die Arbeit des Vereins bejahen und fördern.
2. Jedes Mitglied hat den von der Mitgliederversammlung festgesetzten Mitgliedsbeitrag zu zahlen.
3. Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet auf schriftlichen Antrag der Vorstand.

§5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet:
 - a. bei natürlichen Personen mit Tod, bei juristischen Personen mit ihrer Auflösung,
 - b. durch Austritt,
 - c. durch Ausschluss aus dem Verein.
2. Der Austritt ist jederzeit möglich.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes jederzeit aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn der Fortbestand der Mitgliedschaft das Vereinsinteresse ernsthaft gefährden würde. Vor der Beschlussfassung über den Ausschluss ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, mündlich oder schriftlich gegenüber dem Vorstand Stellung zu nehmen.
4. Der Ausschluss oder Austritt eines Mitgliedes berührt nicht dessen Verpflichtung zur Zahlung der noch fälligen Beiträge.
5. Der Austritt muss gegenüber dem Vorstand schriftlich erklärt werden.

§6 Organe

1. Organe des Vereins sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der Vorstand

§7 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich für folgende Aufgaben zuständig:
 - a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes,
 - b) Entgegennahme des Berichtes der Rechnungsprüfer,
 - c) Entlastung des Vorstandes,
 - d) Wahl des Vorstandes,
 - e) Wahl und Abberufung der Rechnungsprüfer,
 - f) Beschlussfassung über die Satzungsänderungen,
 - g) Beschluss über die Auflösung des Vereins,
 - h) Wahl des Geschäftsführers.
2. Die Mitgliederversammlung entscheidet ferner über:
 - a) den Haushaltsplan des Vereins,
 - b) Aufgaben des Vereins,
 - c) An- und Verkauf sowie Belastung vom Grundstücken,
 - d) Beteiligung an Gesellschaften,
 - e) Aufnahme von Darlehen ab 12.500,- Euro
3. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Für eine Satzungsänderung ist eine 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.
4. Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Der Vorstand lädt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ein.
5. Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
6. Über die Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die der Versammlungsleiter und der Protokollführer zu unterzeichnen haben.

§8 Vorstand

1. Der Vorstand leitet die Vereinsarbeit. Er trägt für die Erfüllung sämtlicher Aufgaben, die sich aus der Satzung und den Beschlüssen der Mitgliederversammlung ergeben, die Verantwortung.
2. Den Vorstand sollen mindestens fünf Personen bilden. Die Versammlung wählt wenigstens eine/n Vorsitzende/n, eine/n stellvertretende/n Vorsitzenden/n, eine/n Schatzmeister/in und einen/e Beisitzer/in.

3. Der Vorstand gem. § 26 DGB besteht aus dem/der Vorsitzenden, mindestens einem/einer, höchstens drei stellvertretenden Vorsitzenden, einem/einer Schatzmeister/in und mindestens einem/einer, höchstens jedoch vier Beisitzern/Beisitzerinnen.
Zur Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen
 - ist der Vorsitzende allein berechtigt
 - ist ein/e stellvertretende/r Vorsitzende/r oder der/die Schatzmeister/in jeweils gemeinsam mit einem weiteren Vorstandsmitglied berechtigt.
4. Die Amtszeit des Vorstandes beträgt jeweils drei Jahre; die Wiederwahl ist möglich. Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit solange im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind und ihre Amtstätigkeit aufnehmen können.
5. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Die Beschlussfähigkeit besteht, wenn zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. § 7 Abs. 5 gilt entsprechend.
6. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Auslagen, die ihnen bei der Wahrnehmung der Vorstandsarbeit entstehen, sind ihnen nur dann zu ersetzen, wenn diese unabweisbar und angemessen sind.
7. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, die dann für die Vorstandsarbeit verbindlich ist.

§8a Geschäftsführer

1. Die Mitgliederversammlung kann zur Durchführung von Vereinsaufgaben und Vorstandsbeschlüssen einen Geschäftsführer berufen. Der Geschäftsführer kann haupt- oder nebenberuflich für den Verein tätig werden. Er unterliegt den Weisungen des Vorstandes.
2. Zum Geschäftsführer kann auch ein Vereinsmitglied bestellt werden. Eine Funktion im Vereinsvorstand steht der Bestellung zum Geschäftsführer nicht entgegen. Die gewählten Rechnungsprüfer sind von der Tätigkeit als Geschäftsführer ausgeschlossen.
3. Die Tätigkeit des Geschäftsführers wird angemessen vergütet. Über die Höhe der Vergütung entscheidet der Vereinsvorstand mit einfacher Mehrheit. Soll zum Geschäftsführer ein Mitglied des Vereinsvorstandes berufen werden, so erfolgt die Abstimmung über die Vergütung bei Stimmenthaltung des Betroffenen.

§9 Auflösung

1. Die Auflösung des Vereins kann, nur durch eine besonders einzuberufende Mitgliederversammlung beschlossen werden. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 3/4 aller Mitglieder vertreten sind. Bei Beschlussunfähigkeit ist innerhalb von zwei Wochen eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Mitglieder beschlussfähig ist. Bei der Einberufung der zweiten Mitgliederversammlung ist auf diese Folge ausdrücklich hinzuweisen.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes wird das Vermögen des Vereins einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin zur Verfügung gestellt. Dieser hat es ausdrücklich und unmittelbar für den Vereinszweck vergleichbare Aufgaben zu verwenden.
3. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes für Körperschaften durchgeführt werden.

Vollständige Satzung in der Fassung des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 2. Dezember 2008

Siegfried Helias
- Versammlungsleitung -

Maria Wilhelm
- Protokoll -